

Digitalisierung | Infrastruktur

Digitale Netze

vbw

Position
Stand: Januar 2022

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Netzausbauziele weiter mit höchster Priorität verfolgen

Trotz hoher Investitionen der Betreiber und guter Förderung des Ausbaus leisten die digitalen Netze noch längst nicht das, was sie müssten. Das gilt auch im Freistaat Bayern, der den Netzausbau seit Jahren im Ländervergleich bemerkenswert erfolgreich unterstützt. Die dringend erforderliche flächendeckende Gigabit-Erschließung bis zum Jahr 2025 mit Glasfaser und 5G lässt sich aus heutiger Sicht nicht zu hundert Prozent erreichen. Dafür sind die Genehmigungsverfahren zu träge, die Genehmigungsbereitschaft zum Bau von Mobilfunkmasten deutlich zu schwach ausgeprägt, die Ausbaukapazitäten zu knapp und sowohl politische Entscheider als auch Nachfrager von Netzleistungen teilweise zu zögerlich. Das muss sich ändern.

Dafür gilt es, die Finanzierung des privaten Ausbaus weiter zu fördern, wo dies nötig ist. Standortsuchen und Ausbaugenehmigungen müssen deutlich schneller und einfacher werden, ganz besonders im Mobilfunknetz. Auf Bedenken gegenüber dem Netzausbau und der Digitalisierung muss mit digitalen Vorwärtsstrategien reagiert werden.

Lücken in den Netzen dürfen ab 2026 nur mehr vorkommen, wenn ihrer Schließung bis dahin objektiv unüberwindbare Hindernisse entgegenstehen. Alle Verkehrswege müssen mit 5G erschlossen sein. Die flächendeckende Verfügbarkeit von Höchstgeschwindigkeitsanbindungen muss mit höchster Priorität weiterverfolgt werden. Nur so bleiben unser Land, seine Kommunen und seine Unternehmen zukunftsfähig. Unsere Position zeigt auf, was dafür politisch konkret zu tun ist.

Bertram Brossardt
24. Januar 2022

Inhalt

1	An ehrgeizigen Ausbauzielen festhalten	1
1.1	Ausbau des Netzes zielgenau fördern	1
1.2	Frequenzpolitik ausbauorientiert weiterentwickeln	1
2	Netzausbau erleichtern	2
2.1	Planungsgebot zur Mobilfunkversorgung	2
2.2	Baurechtliche Hürden senken	2
2.3	Standortsuche für Mobilfunkmasten erleichtern	2
2.4	Genehmigungen zeitlich koordinieren, Verfahren entschlacken	3
2.5	Akzeptanz steigern	3
3	Nachfrage nach Netzleistung stärken	4
	Aktuelle Veröffentlichungen der vbw zum Thema	5
	Ansprechpartner / Impressum	6

1 An ehrgeizigen Ausbauzielen festhalten

Staatliche Ausbauimpulse konstruktiv weiterentwickeln

Der Ausbau der digitalen Netze wird in erster Linie von den privaten Betreibern finanziert. Anders wäre das notwendige Geschehen gar nicht darstellbar. Dennoch sind die Ziele ohne öffentliche Förderung nicht erreichbar. Dabei gilt: Staatliche Förderprogramme müssen den privatwirtschaftlichen Ausbau ergänzen, dürfen ihn aber nicht verdrängen. Wenn zu viel gefördert oder der Rahmen falsch gesetzt wird, kann das den Ausbau auch bremsen. Hier muss weiter auf ausgewogene Verhältnisse geachtet werden.

1.1 Ausbau des Netzes zielgenau fördern

Förderverfahren und Fördermittel sollten zeitlich so gestaffelt werden, dass die Kapazitäten ausreichen, um die Förderziele zu erreichen. Soweit sich herausstellt, dass Förderbedingungen zu hohe Bürokratielasten nach sich ziehen, muss nachgesteuert werden.

Fördermöglichkeiten müssen bei Bedarf insbesondere auf kommunaler Ebene auch angenommen und genutzt werden. Kommunalpolitiker, die hier zögern, nehmen ihrer Heimat eminent wichtige Perspektiven. Das gilt für die Glasfasererschließung ebenso wie für den Ausbau des Netzes an Mobilfunkmasten.

1.2 Frequenzpolitik ausbauorientiert weiterentwickeln

Mit der Bündelung der Zuständigkeiten für die Telekommunikation beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr wurde auch die bisher geteilte Zuständigkeit für die Frequenzpolitik zusammengefasst. Dieser Schritt war richtig.

Jetzt gilt es, die Frequenzpolitik so auszurichten, dass sie die finanziellen Möglichkeiten der Netzbetreiber zum Netzausbau nicht beeinträchtigt und langfristige Planungssicherheit gewährleistet.

2 Netzausbau erleichtern

Planungsziele setzen, Bauhürden senken, Verfahren entschlacken

Damit die Ausbauziele für die digitalen Netze erreicht werden können, müssen Standortsuchen weiter erleichtert und Genehmigungsverfahren zum Netzausbau gestrafft, konsequent digitalisiert und drastisch verkürzt werden. Erste Schritte in diese Richtung auf Bundes- und Landesebene sind sehr zu begrüßen. Es gilt nun zu prüfen, inwieweit damit der gewünschte Beschleunigungseffekt erzielt wird, und wo im Detail weiter nachgesteuert werden muss.

2.1 Planungsgebot zur Mobilfunkversorgung

Für den flächendeckend hinreichenden Zubau von Mobilfunkstationen und -masten ist ein bedarfsorientiertes Planungsgebot erforderlich, das Standorte sichert und Kommunalpolitikern gegen Widerstände den Rücken stärkt. Die im Entwurf zur Revision des bayerischen Landesentwicklungsprogramms dazu vorgesehene Zielvorgabe ist ein Einstieg dazu, der rasch und wirksam in der Fläche umgesetzt werden muss. Das künftige LEP muss klare Zielvorgaben zur Netzabdeckung insbesondere auch des nachgeordneten Verkehrswegenetzes enthalten.

2.2 Baurechtliche Hürden senken

Auf der Bundesebene wurden – auch auf Initiative der bayerischen Staatsregierung – bereits einige Erleichterungen umgesetzt, beispielsweise die generelle Zulässigkeit kleinerer Anlagen in allen Baugebieten. Auf der bayerischen Ebene war die Erweiterung der verfahrensfreien Höhe im Außenbereich von zehn auf 15 Meter ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um den Mastenausbau im ländlichen Raum zu beschleunigen. Dort wie auch im Innenbereich könnte es noch einmal einen deutlichen Schub bringen, wenn Mobilfunkmasten unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit und der notwendigen sicherheitstechnischen Anforderungen generell vom Erfordernis einer Baugenehmigung freigestellt würden.

2.3 Standortsuche für Mobilfunkmasten erleichtern

Angesichts langwieriger Standortsuchen sollten mobile Antennenträger statt bisher drei künftig sechs Monate lang genehmigungsfrei betrieben werden können. Für die Standortsuche durch Betreiber enorm hilfreich wäre eine Übersicht über Liegenschaften und Infrastrukturen der öffentlichen Hand und öffentlicher Unternehmen. Öffentliche Liegenschaften an geeigneten Standorten sollten grundsätzlich mit Mobilfunkmasten ausgestattet sein.

2.4 Genehmigungen zeitlich koordinieren, Verfahren entschlacken

Die wegerechtliche Zustimmung zu Telekommunikationsbauten und andere ggf. notwendige behördliche Genehmigungen (z.B. Naturschutz, Denkmalschutz) sollten zeitgleich erteilt werden. Damit das gelingt, sollten die zuständigen bayerischen Ämter das nach dem Prinzip des One-Stop-Shops koordinieren und dabei volldigitale Antrags- und Genehmigungsverfahren aufsetzen.

Auf bayerische Initiative wurde bereits die Alternativenprüfung für Mobilfunkstandorte im Außenbereich abgeschafft. Generell müssen Verfahren laufend auf die Möglichkeit geprüft werden, sie von nicht unbedingt erforderlichen Auflagen und Anforderungen etwa im Hinblick auf das Beibringen von Gutachten zu entschlacken.

2.5 Akzeptanz steigern

Widerstände insbesondere gegen Mobilfunkmasten werden oft von einem kleinen, aber gut organisierten Kreis an Gegnern getragen. Gezielte Kommunikationsmaßnahmen müssen vor allem die schweigende Mehrheit erreichen. Es geht darum, wissenschaftlich nicht begründbare Sorgen im Hinblick auf Gesundheitsgefahren auszuräumen und den Nutzen einer leistungsfähigen Infrastruktur zu vermitteln.

3 Nachfrage nach Netzleistung stärken

Potenziale stärker vermitteln, Verunsicherung Aufklärung entgegensetzen, E-Government ausbauen

Staatliche Förderung trägt nur einen überschaubaren Teil zur Finanzierung der digitalen Netze bei. Im Wesentlichen kommt das von den Betreibern hier eingesetzte Geld von den Nutzern der Netze. Der Netzausbau lebt somit von der privaten Nachfrage. Obwohl digitale Technik, bis hin zu 5G, mittlerweile weit verbreitet ist, wird die öffentliche Diskussion allerdings vielfach von Bedenken geprägt. Teilweise gilt das auch für die Haltung von Unternehmen.

Unternehmen in Bayern setzen zwar vielfach auf digitale Technik und Geschäftsmodelle, sehen aber oft auch Hindernisse für eine intensivere Nutzung, vor allem im rechtlichen Bereich. Sie sorgen sich beispielsweise um die Sicherheit ihrer Daten vor Zugriffen Dritter oder beklagen Unklarheiten über die Grenzen des Datenschutzrechts. All das dämmt auch die Nachfrage nach Gigabit-Verträgen und mindert die Bereitschaft, Gruppen, die sich gegen den Netzausbau stellen, konsequent entgegenzutreten. Um die Nachfrager auch in deren eigenem Interesse noch stärker für den Netzausbau zu gewinnen, muss an diesen Punkten angesetzt werden.

Es gilt, Betriebe gezielt bei ihrer digitalen Transformation unterstützen, den praktischen Nutzen der Digitalisierung zu vermitteln sowie niedrigschwellige Angebote für Einsteiger und lösungsorientierte Beratungen beim Datenschutz schaffen.

Notwendig ist staatliche Unterstützung für einen deutlich intensiveren Austausch digitaler Innovationsträger mit mittelständischen Unternehmen, die zu netzabhängigen Innovationen bereit sind, dafür aber zusätzliche Impulse benötigen. Auf die Digitalisierung ausgerichtete Forschung und Entwicklung gilt es weiter zu fördern.

Unklarheiten zum Rechtsrahmen müssen ausgeräumt und tatsächlich bestehende Hürden innovationsfreundlich aufgearbeitet werden.

Schließlich müssen Staat und Kommunen als Anbieter von E-Government deutlich offensiver und attraktiver auftreten als bisher.

Im Idealfall sollten Unternehmen damit zugleich zu Multiplikatoren und Akteuren werden, wenn es darum geht, Bedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze entgegenzutreten und die erforderlichen Mastenstandorte zu identifizieren und zur Verfügung zu stellen.

Aktuelle Veröffentlichungen der vbw zum Thema

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2022

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2021 – leitungsgebunden und mobil*, Januar 2022

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Studie *Digitalisierung der Unternehmen in Bayern*, Januar 2022

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Mobilfunkausbau – von LTE zu 5G. Bedarf, Bedenken und Argumente für den Ausbau, Februar 2021

Die hier aufgeführten Publikationen stehen unter www.vbw-bayern.de zur Verfügung.

Ansprechpartner / Impressum

Dr. Benedikt Röchardt

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252
benedikt.roechardt@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2022